

Schon Schiffe verzichten, daß sie aber den Anteil des deutschen Hafenmaterials beanspruchen, das als Wiedergutmachung für die in Scapa Flow versenkten deutschen Schiffe abzuliefern ist.

## In das parlamentarisch?

Das Rücktrittsgesuch des Reichschatzministers.

Das Rücktrittsgesuch des Reichschatzministers Dr. Mayer hat innerhalb der Mehrheitsparteien bereits zu Auseinandersetzungen über die Frage der Nachfolgerschaft geführt. Nun ist im Augenblick über das Rücktrittsgesuch überhaupt noch keine Entscheidung getroffen. Formell ist die Sache des Reichspräsidenten, und es ist in sein Ermessen gestellt, in welcher Frist er seine Entschlüsse trifft. Nach manchen Anzeichen zu schließen, würde man es im Zentrum am liebsten sehen, wenn die ganze Sache in der Schwebe bliebe, zumal der Zentrumsparlamentarismus vor der Tür steht.

Bei der Erörterung der Frage der Nachfolgerschaft muß man zwei Dinge scharf unterscheiden: Zunächst kann die Frage aufgeworfen werden, ob das Reichschatzministerium überhaupt neu besetzt werden soll, eine Frage, die um so näher liegt, als die Abgrenzung der Nachbefugnisse der einzelnen Reichsämter auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur in der Theorie die größten Schwierigkeiten macht. Es ist klar, daß hier eine Reform dringlich ist, die ganz grundsätzlich, unabhängig von parteipolitischen und persönlichen Erwägungen, einen systematischen Aufbau der Reichsbehörden herbeiführt, an Stelle des Augenblickswertes, das aus alten und neuen Bestandteilen Not-, Flick- und Anbauten sich zusammensetzt. In zweiter Linie wird die Frage erörtert, ob die durch das Ausscheiden der bayerischen Mitglieder eingetretene Schwächung der Zentrumsfraktion nicht eine Rückwirkung auf die zahlenmäßige Gruppierung im Kabinett ausüben soll, und man spricht sogar schon von bestimmten Kandidaturen aus demokratischen Kreisen.

Diese ganze Behandlung der Sache verlangt eine kritische Nachprüfung. Das Kabinett als solches soll kein kleines Parlament sein, keine Versammlung von beliebigen Vertretern der Regierungsparteien, sondern eine arbeitsfähige Körperschaft, ein geschlossenes, einheitliches Ganzes, das der Reichszentrale verantwortlich leitet, und für dessen Zusammengehen im Rahmen der politischen Gesamtlage er volle Freiheit haben muß. Nur wenn er selbst seine Kollegen sich auswählen kann, besteht die Möglichkeit einer einheitlichen Zusammenarbeit. Diese Tatsache ist auch beim letzten Kabinettswechsel anerkannt worden. Sie darf nicht verwischt werden und nicht in Vergessenheit geraten. Schon jetzt soll es mitunter vorkommen, daß Kabinettsbeschlüsse heute gefaßt und morgen geändert werden, weil einzelne Minister inzwischen von ihrer Fraktion überstimmt worden sind. Auf die Dauer muß das die Arbeitsfähigkeit der Regierung untergraben und die Fraktionen zu einer Oberinstanz machen. Das ist alles andere, nur nicht parlamentarisch.

Gewiß liegen die Verhältnisse bei einem Koalitionskabinett nicht so einfach wie in Ländern, in denen eine einzelne Partei in der Lage ist, das Ministerium aus ihren Reihen zu bilden. Aber unter allen Umständen muß das Kabinett als solches volle Handlungsfreiheit haben, und seine Mitglieder sollen nicht nach Fraktionen abstimmen, sondern als selbstverantwortliche Männer. Sache der Fraktionen ist es, sich damit abzufinden, solange sie nicht beschließen, daß ihre Vertreter aus dem Kabinett auszuschneiden haben.

Wenn man sich auf diesen einzig möglichen Standpunkt stellt, so wird man kein Verständnis für Gebändergänge haben, die eine Art Präsentationsrecht der Fraktionen voraussetzen und dem Reichszentraler die unmögliche Aufgabe zuweisen, sich mit den Leuten abzufinden, die nach der Anciennität in der Fraktion gerade „an der Reihe“ sind.

einen sehr beträchtlichen Dienst geleistet. Es wäre zu wünschen, daß ähnliche Demonstrationen nicht nur einem kleinen Säulchen Gelerbter, sondern auch einem weiteren Kreise von Musikern unterbreitet werden könnten.

**Eine westdeutsche Bauexzession** ohne wirtschaftliche Ziele, als Abgang zur Durchsetzung künstlerischer und kunstpolitischer Fortschrittsgedanken wurde, wie unser Berichterstatter selbst, durch Uebereinstimmung führender westdeutscher Architekten in Darmstadt ins Leben gerufen. Auf Poelzig, Laut und Gropius gestützt, will die neue Vereinigung im Zusammenhang mit der bereits erfolgreich wirkenden Darmstädter Exzession in moderner Form im öffentlichen und privaten Bauwesen durchsetzen. Eine erste, den ganzen Umkreis architektonischer Formschaffens umfassende Ausstellung soll im kommenden Frühjahr in Darmstadt eröffnet werden.

**Defecabende.** Ein paar Notizen aus der reichen Fülle. Im Harmoniumsaal ein dramatischer Kammerabend. Thema: Die Frauen um Strindberg. Von Dr. Heinrich Salmcke sehr gründlich, sehr fesselnd aufgearbeitet. Ein neues Wort wird geprägt: „Strindberg, der Segelkämpfer“, und dieses Wort wird bekräftigt und gerechtfertigt. Im Anschluß daran hielt Solly Müller-Eberhart aus Strindberg-Dramen Waffrenneste, fadistische Gepolter, aber auch Sprachtechnik — was ihr wollt — nur keine Frau um Strindberg.

Im Meister-Saal betrippelte Frieda Lemke die Irvinschen Fingerringe aller Zeiten und nahm jedem Dichter eine Kleinigkeit von dem, was ihm zukommt. Wer vielen etwas nimmt, wird manchmal alles nehmen. Wie etwa nahm sie endgültig den Glauben, daß Anmut, Frische und Liebenswürdigkeit gemüht könnten, um sich vor kritische Zuschauer zu stellen.

**Aus den Theatern.** Im Schiller-Theater wird in der morgigen Aufführung des Hans W. Fischer'schen Dramas „Der Motor“ der gewaltigste Endell von Herrn Paul Kaufmann gespielt. Seine Frau: Elise Waga; Hermann Wöllers: Max Kaufmann; Privatsekretär, Endells: Herr Braun; dessen Frau: Wela Hartwig. Spielleitung: Reinhold Köllin.

Im Komödienhaus ist die Erstaufführung der in Vorbereitung befindlichen dreijaktigen Komödie „Das Inkontinenzkind“ von Robert Dörweg auf Ende dieses Monats festgelegt worden. Neben Elise Lehmann, der Trägerin der Hauptrolle, werden fast sämtliche Darsteller humorvollere Rollen im Rahmen der Weinhard-Bernauer'schen Bühnen mit. Regie: Ernst Weiß.

Karl Schönbauer hat für sein jüngstes Drama „Kindertragedie“ den Grillparzerpreis von 5000 Kronen bekommen. Schönherb erhielt damit bereits zum dritten Mal hintereinander den Grillparzerpreis.

Reiznicks Oper „Alaubaart“ (nach Eulenberg's Drama) wird, wie wir erfahren, Ende Januar im hiesigen Staatstheater (Darmstadt) die Uraufführung haben.

**Vortragsabende.** Meinhard Maur veranstaltet im Theater Landwehrkasino am 30. und 31. Januar einen Heimabend mit einer Einleitung von Herbert Eulenberg, und am 18. Januar einen Grotesken- und Satiren-Abend.

Die Kamnitzer regliert an ihrem ersten Vortragsabend am 20. Januar im Meisteraal aus Werken moderner Autoren.

# Abstimmungen über das Betriebsrätegesetz

Die zweite Lesung in der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung legte heute die zweite Lesung des Betriebsrätegesetzes fort. In der Einzelberatung lag zu § 1 ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, die Vorlage zunächst einmal dem Reichswirtschaftsrat zur Sachverständigen Beurteilung zu überweisen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien abgelehnt.

Ein unabhängiger Antrag wollte den grundlegenden § 1 so fassen, daß in allen Betrieben, die in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigen, zur Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung Betriebsräte zu errichten sind. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt, und zwar gegen die Stimmen der zwei Unabhängigen, die von der Fraktion im Saale anwesend waren.

Bei § 2 verlangten die Deutsch-Nationalen eine Herauslösung der kleinen Handwerksbetriebe aus dem Gesetz. Die Unabhängigen stellten einen über die Fassung der Regierungsvorlage hinausgehenden Antrag, wonach die Betriebe mit weniger als fünf Arbeitern zu Wahlkörpern zusammengelegt werden und damit auch dem Gesetz unterstellt werden sollen. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Ein weiterer deutsch-nationaler Antrag, einen § 3a einzufügen, wonach für Handwerk und Kleingewerbe erst bei Betrieben mit mehr als zehn Angestellten ein Obmann gewählt werden soll, wurde in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Bei § 4 forderten die beiden Rechtsparteien für die Landwirtschaft, daß das Gesetz nur auf die Betriebe Anwendung finden soll, die mehr als 15 Arbeiter beschäftigen. Die Unabhängigen wiederum beantragten auch hier die Erfassung der kleinsten Betriebe durch Zusammenlegung von besonderen Wahlkörpern. Die beiden Änderungsanträge wurden abgelehnt, ebenso eine Reihe anderer Änderungsanträge der Unabhängigen und der beiden rechtsstehenden Parteien, die sich auf die folgenden Paragraphen beziehen.

Die Mehrheitsparteien beteiligten sich an der Debatte nicht. Es sprachen zu den einzelnen Änderungsanträgen nur Vertreter der den betreffenden Antrag einbringenden Partei.

Diese Haltung beruht auf einer Vereinbarung der Mehrheitsparteien mit der Regierung dahingehend, an der Fassung des Ausschusses nur noch redaktionelle aber keine sachlichen Änderungen mehr vorzunehmen. Es ist anzunehmen, daß das Betriebsrätegesetz in der Fassung des Ausschusses noch heute zur Verabschiedung gelangen wird, doch dürfte sich, angesichts der Taktik der Unabhängigen, zu den von ihnen eingebrachten Anträgen ausführlich zu sprechen, die Sitzung bis in die späten Abendstunden hinziehen.

Zu einem Abweichen von dem Beschluß der Mehrheitsparteien in der Debatte keine Redner mehr zu stellen, kommt es nun, als der Abg. Kühn (Unabh.) in breiten Ausführungen zum Betriebsrätegesetz die Mehrheitsparteien auf das heftigste angreift und ihnen Verrat an der gemeinsamen Sache des Parlamentarismus vorwirft. Die Mehrheitsparteien gerieten in große Erregung.

Nachdem Kühn geschlossen, Reichsminister Schlick kurz einige sachliche Bemerkungen gemacht hat, erklärte Abg. Giebel

(Soz.) der Vorsitzende des Angestelltenverbandes: „Ich stelle vor der ganzen deutschen Angestelltenchaft fest, daß Herr Kühn für die Grundzüge, die er hier vertritt, in den Ausschlußberatungen nicht einen Finger gerührt, nicht einmal das Wort ergriff und auch niemals einen Antrag eingebracht hat. Wenn es deshalb (zu den Unabh.) dazu kam, daß das Gesetz nicht gebracht hat, was Arbeiterschaft und Angestellte erhoffen, dann trifft die Schuld nur die Unabhängigen, die dazu beigetragen haben, daß das Gesetz nicht diesen Anforderungen entspricht.“

Abg. Kühn (U. Soz.) fühlt sich veranlaßt, auch auf diese schwerwiegenden Vorwürfe zu erwidern, worauf ihm in noch stärkeren Worten auch der Abg. Bender (Soz.) entgegentritt. Auch Bender führt aus, daß alle Versuche, die Unabhängigen zu einer Mitarbeit zu bewegen, vergeblich gewesen waren. Angesichts dieser Sachlage, angesichts des Umstandes, daß jedes Wort der Vermittlung oder der Verständigung gegenüber der unabhängigen Partei zweifelslos erscheinen würde, würden die Mehrheitsparteien in Zukunft keine derartigen unnützen Worte mehr brauchen, sondern jede Verständigungsversuche mit den Unabhängigen als aussichtslos aufgeben.

Nach diesem Reduell der beiden sozialistischen Parteien tritt um 2 Uhr die Mittagspause ein. Wiederbeginn der Sitzung nachmittags 1/4 Uhr.

Vor dem Reichstagsgebäude waren die Absperungen heute vollständig aufgehoben und der Zugang zum Reichstag frei. Nur waren für etwaige Zwischenfälle im Reichstagsgebäude starke Wachen verammelt und um das Reichstagsgebäude herum verstreut Patrouillen postiert.

## Abgeordneter Hué über die Betriebsräte

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* Bochum, 15. Januar.

In einer sozialdemokratischen Kreisversammlung hat sich der Abg. Hué, der Führer des alten Bergarbeiterverbandes, hier über die politische und wirtschaftliche Lage ausgesprochen. Weite Kreise hätten sich von der Revolution abgewandt, weil die Regierung zu viel nach links regiere. Bis tief in die Arbeiterkreise hinein sei diese Stimmung vorhanden. Der Abg. Hué ist ganz niedergeschlagen über die Beobachtungen und Erfahrungen, die er seit der Revolution gemacht hat. Die Sozialisierung sei noch gar nicht durchführbar, da geeignete technisch und wirtschaftlich gebildete Arbeiter in der Arbeiterschaft noch nicht vorhanden seien. Ein Drittel der Betriebsräte sei nicht einmal imstande gewesen, die von ihm vermittelten Fragebogen zu beantworten. Es sei ein Fehler der früheren Parteipolitik, den Sozialdemokraten den Eintritt in die Regierung zu verbieten; denn jetzt ständen in der Regierung nur Neulinge, die sich erst einzuarbeiten hätten. Hué vertritt die Ansicht, daß es besser gewesen wäre, wenn die Sozialdemokraten 1918 die Regierung nicht hätten übernehmen brauchen, weil die Verhältnisse, obwohl sie den Zusammenbruch herbeiführten, noch nicht reif für den Sozialismus waren.

## Franz Krügers Versprechungen.

Der mißverständene Regierungsbeschluss.

Abgeordneter Franz Krüger schreibt uns zu den Feststellungen im Abendblatt der „Vossischen Zeitung“ vom 12. Januar:

„Bei dem Streik der Bank- und Metallindustrie-Angestellten im April 1919 wurde ich von verschiedenen Angestellten ersucht, vermittelnd einzugreifen. Nachdem ich mich über die Streiklage informiert hatte, teilte ich der Regierung nach Weimar mit, daß nach meiner Ansicht die Beilegung des damals wirtschaftlich sehr bedenklichen Streiks möglich sei, wenn den Angestellten die Unterstützung gegeben werde, daß ihre Forderungen bezüglich des Mitbestimmungsrechts durch die bevorstehende gesetzliche Regelung im wesentlichen erfüllt würden. Die Regierung nahm dazu Stellung und faßte einen entsprechenden Beschluß, der mir zur Weitergabe an die Streikleitung telephonisch nach Berlin übermittelt wurde. Infolge eines Mißverständnisses bei dieser Uebermittlung habe ich dann allerdings auch von dem Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen gesprochen, das die Regierung nicht beschloß. Im übrigen entsprach mein Schreiben in seinem sachlichen Inhalt dem Regierungsbeschluss. Sodann habe ich, nachdem die Angestellten erklärten, daß sie bereit wären, die Arbeit aufzunehmen, wenn ihnen das von der Regierung Zugestehende jetzt sofort von den Arbeitgebern provisorisch zugestanden würde, an die Unternehmerorganisation ein Schreiben gerichtet, worin ich ihnen diesen Wunsch übermittelt und gleichzeitig die nach meiner Ansicht möglichen Folgen darstellte, die aus einer Weiterführung des Streiks entstehen könnten. Der Zweck dieses Schreibens war, die Arbeitgeber zu Verhandlungen über die Wünsche der Angestellten zu veranlassen. Bedinglich von diesem Schreiben habe ich später zutreffenderweise erklärt, daß ich es auf Wunsch der Angestellten an die Arbeitgeber gerichtet habe und daß der Inhalt meine persönliche Meinung darstellt.“

Aus diesem Schreiben geht hervor, daß Herr Krüger im Frühjahr 1919 nicht nur einen Beschluß der Regierung im entscheidenden Punkt mißverstanden hat, sondern dieses Mißverständnis noch dadurch verstärkte, daß er seine persönliche Meinung mit der Mitteilung des Regierungsbeschlusses untrennbar vermengte und außerdem für die Mitteilung einen Briefbogen des „Büros des Reichspräsidenten“ verwendete.

## Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ teilt mit, daß es in der Fraktionsversammlung der Bayerischen Volkspartei, die den Austritt aus der Zentrumsfraktion beschloß, von 18 Mitgliedern 13 anwesend waren. Von diesen stimmten 11 für das Ausscheiden. Einer enthielt sich und einer stimmte für das Verbleiben beim Zentrum. Der schwäbische Abg. Hebel hat infolge dieses Beschlusses sein Mandat niedergelegt, andere werden folgen, darunter der Abg. Leicht. Ferner teilt das Zentrumsorgan mit, der Vorhug der Bayerischen Volkspartei, der „zeitliche Finanzminister Speck“, habe auf die Anfrage Mayers erklärt, die Koalitionspolitik solle nicht fortgesetzt werden. Das sei, so sagt die C. P. C., um so

auffälliger, als in Bayern die Partei weiter in der Koalition bleibe. Der Rücktritt Mayers bedeutete einen schweren Verlust, insbesondere für Bayern. Das bitterste für den Reichschatzminister sei, daß er von seinen eigenen Wählern im Stich gelassen worden sei, trotzdem die Kreisversammlung in Augsburg vom 2. Januar einstimmig sich gegen die Trennung vom Zentrum ausgesprochen habe. Die Zeit werde kommen, wo man in den weitesten Kreisen Bayerns und der Bayerischen Volkspartei einsehen werde, wie verhängnisvoll der Münchener Beschluß vom 9. Januar gewesen sei. Der Abg. Sel habe scharf, aber treffend betont: „Die Verantwortung hat der Bayerische Parteitag.“ Diese Darstellung klingt wesentlich erfrischer als sie noch vor einigen Tagen von dem gleichen Organ gegeben worden war.

## Die bayerische Verkehrsperre.

Drahtmeldung.

München, 15. Januar. (W. L. B.)

Da der Kohlenvorrat erschöpft ist, wird heute der gesamte Güterzugverkehr in Bayern eingestellt, bis auf die Beförderung von Lebensmitteln und Brennstoffen. Die Zahl der Nachzüge wird gleichfalls eingeschränkt und der Lokalbahnenverkehr wird überall eingestellt, wo eine wirksame Kohlenparnis sich ergibt. Von Schnellzügen werden nur 30-40 zwischen München und Berlin beibehalten.

**Neue Dokumente zu Bismarcks Entlassung** erscheinen binnen kurzem in Buchform unter dem Titel „Fürst Bismarcks Entlassung im Verlag August Scherl. Das Werk enthält die bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen des Staatsministers v. Boetticher, Bismarcks vertrautem Mitarbeiter. Als Herausgeber zeichnet Witzl. Geh. Rat Prof. Dr. Georg Freiherr v. Cyppelein.

**Der Prozeß Arco.** Die Anklage gegen Graf Anton Arco-Balley lautet auf Vord, da die Tat vorsätzlich und mit Ueberlegung ausgeführt worden sei. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsrat Reichart, Anlagenerverteiler ist der Erste Staatsanwalt Hahn, Verteidiger Rechtsanwalt Anton Gänßler. 23 Zeugen und drei Sachverständige sind geladen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei bis drei Tage dauern. Ein ärztliches Gutachten erklärt den Angeklagten für verhandlungsfähig, da eine subjektive und objektive Besserung eingetreten ist. Man rechnet aber mit der Möglichkeit neuer Störungen.

**Betriebsräte und Produktionsräte.** Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik verlangt in einer Resolution eine Verbesserung der Agitationsbeschlüsse der Nationalversammlung, und bemerkt weiter: „Der wirkliche Einfluß, den die Arbeiter und Angestellten für die Folge auf die Produktionsentwicklung ausüben können, kann nur erzielt werden, wenn, wie der zweite Nationalkongreß es gefordert hat, Produktionsräte geschaffen werden, die als Vertretungsorgan der zum gemeinsamen (induzierten) Gewerbe, die einzigen Stelle sind, von der aus die Produktion als Gesamtheit überblickt und in einer dem gesauten Volksinteresse dienlichen Weise gestaltet werden kann.“

**Für die heimkehrenden Kriegsgesangenen.** Wie aus Hamburg gedruckt wird, hat die Bürgerchaft für einen wirksamen Empfang der heimkehrenden Kriegsgesangenen 500 000 Mark zur Verfügung gestellt.